Es ist anzunehmen, daß die Delegation, welche Anfang Juli nach Leningrad fährt, nur die erste Delegation einer ganzen Reihe von Delegationen aus Deutschland nach Sowjetrußland sein wird. Die Berichte der zurückreisenden Delegierten werden den Anlaß dazu bieten, daß die Bewegung sich immer mehr steigern wird, so daß zuletzt auch die verstocktesten Führer des ADGB. vor dem Massendruck, der zur Gewerkschaftseinheit drängt, zurückweichen müssen.

60 deutsche Arbeiterdelegierte nach Sowjetrußland

Am Sonnabend, den 11. Juni, fährt die erste deutsche Arbeiterdelegation in Stärke von 60 Mann von Stettin nach Leningrad. Die meisten Delegierten sind sozialdemokratische Arbeiter aus den Betrieben und Gewerkschaften.

Das Arbeiterkomitee für Rußland-Delegationen hat die Veranstaltung einer großen Kundgebung bei Anwesenheit sämtlicher Delegierten in Berlin am Tage vor der Abreise in Aussicht genommen.

Wie wir schon mitteilten, haben die Gemeindeverbände schon einen Delegierten gewählt. Andere Betriebe nehmen Stellung. So wird auch Ostfachien beteiligt sein an der Fahrt nach Rußland. Die Arbeiter Ostfachiens werden dann von ihren Kollegen erfahren, wie es in Rußland, im Lande der Arbeiter und Bauern, aussieht.

Die Delegationen werden ein Schritt sein zur besseren Verständigung mit Rußlands Arbeitern.

Der ADGB. fordert Massensturm gegen den Zollwucher

Organisiert den Sturm der Betriebe und Verbände!

Die Regierung Braun-Severing hat soeben im Reichsrat für den Zollwucher gestimmt. Durch die Preußenstimmen allein schon ist der Reichsrat unter dem Kommando des Grafen Kanitz für die schamloseste Bewucherung der werktätigen Massen gemommen. Nur der Reichswirtschaftsrat hat sich, verklausuliert, gegen etliche Zölle gesperrt — aber nur — **weil er praktisch nichts zu sagen hat,** im Unterschied zum Reichsrat, der sogar vom Reichstag angenommene Gesetze zu Fall bringen kann. Vom Reichswirtschaftsrat braucht die Reichsregierung und die Ausbeutermehrheit des Reichstags nichts zu nehmen, außer „Kenntnis". Einfluß hat er keinen, er kann also gegen die Ausbeuter stimmen soviel er will, ohne ihnen Schaden zu tun. Daher seine „heroische" Stellungnahme.

Die Gefahr wird immer größer. Nur der geschlossene Massenkampf, der außerparlamentarische Massenkampf der Klassenorganisationen des Proletariats kann die Gefahr abwehren. Denn im Parlament ist kein Kampf möglich gegenüber der zweifellosen Ausbeutermehrheit. Die Großbourgeoisie wird sich die an den Zöllen nicht interessierten bürgerlichen Schichten kaufen.

Die Notwendigkeit des Massenkampfes ist nicht nur eine Einsicht der Kommunistischen Partei. Sogar der ADGB. sieht sie ein. Er schreibt in seinem offiziellen Organ, der „Gewerkschaftszeitung" Nr. 24 wörtlich:

„Der Kampf gegen die Wiedereinführung der Agrarzölle und gegen die Erhöhung der Industriezölle muß von der ganzen werktätigen Bevölkerung mit allen Mitteln geführt werden. Die ersten Kundgebungen gegen die Wucherzölle sind in einer Anzahl großer Städte bereits erfolgt. Die Bewegung muß aber von den großstädtischen Kreisen aus bis in die letzten Betriebe und Bureaus, bis in die letzten Wohnungen und Hütten getragen werden. Nur wenn sich ein Sturm — von unten auf — in Deutschland erhebt, werden Regierung, Unternehmertum und die ihr gefügigen Parteien im Reichstag von dem Beutezug ablassen, der mit der neuen Zollvorlage in Aussicht genommen worden ist."

Diese Kampfform ist neu für den ADGB. — Sie ist richtig. Sie ist durchaus notwendig im Interesse der Arbeiterklasse und der gesamten Mittelschichten.

Aber seit diese Zeilen am 13. Juni erschienen, ist eine Woche vergangen, ohne daß der ADGB. praktisch auch nur eine Hand gerührt hat, um den Massensturm zu entfesseln. Nichts ist zu sehen von Einsatz auch nur eines Mittels zum Kampf gegen den Zollwucher, geschweige denn vom Einsatz aller Mittel.

Die Arbeiter, Angestellten, Beamten, die den Zollwucher bezahlen müssen von ihrem Lohn, müssen selbst den Sturm entfachen!

Betriebe, Verbände, Bureaus — heraus zum Sturm!

*

Berlin, 23. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Eine Versammlung der Hochbahner nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher gegen den Zollwucher protestiert und die Abschaffung der Lohnsteuer verlangt wird. Ebenso wird die Vollamnestie gefordert.

Um die Erweiterung der preußischen Regierung

Im preußischen Landtage wurde gestern nachmittag die Frage der Regierungserweiterung von Vertretern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten erneut besprochen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Wie die Blätter hören, wird das Zentrum demnächst konkrete Vorschläge an die übrigen Fraktionen richten.

Untersuchungsausschuß gegen die Thüringer Regierung

Jena, 23. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Landtagsfraktion hat an den Landtagspräsidenten einen Antrag gestellt auf sofortige Einberufung des Landtags und Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen die Thüringer Regierung wegen Bruch der Verfassung. Die Thüringer Regierung hat den ordnungsgemäßen Untersuchungsausschuß gesprengt.

Die Klassenjustiz!

38 Monate Gefängnis gegen acht Arbeiter!

Das große Schöffengericht in Stralsund verurteilte acht Genossen zu insgesamt 38 Monaten Gefängnis „wegen unbefugten Waffenbesitz und Verteilung dieser Waffen zu staatsumstürzlerischen Zwecken"! Mit dieser Begründung wurde wenigstens die Anklage gegen die acht Proletarier begründet.

Die Arbeiter hatten Ende 1923 in Anbetracht der Gefahr eines faschistischen Putsches die Selbstbewaffnung der Arbeiterschaft in Angriff genommen, um so den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen!

Das Reichswehrunglück an der Weser

Die Schuldigen sollen geschützt werden.

In Minden begann gestern der Prozeß gegen den Oberleutnant Jordan, welcher damals das Fährenmanöver an der Weser leitete, wobei 80 Reichswehrsoldaten ertranken. Von Jordan wurde festgestellt, daß er die Verteilung der Mannschaften fahrlässig vorgenommen. Die eine Fähre war überlastet. Das Gericht scheint aber die Absicht zu haben, den Offizier auf alle Fälle zu decken. Der Vorsitzende erklärte, daß alles, was bisher berichtet sei, vom Gericht nicht beachtet werde.

Der Offizier erklärt natürlich, er habe richtig und nach den Vorschriften gehandelt. Soldaten sind ja immer noch billig.

Der internationale Kampf gegen den Bolschewismus

Die Lage in China, der Kampf in Marokko, vor allem aber der mutige Kampf der Kommunisten in Frankreich gegen den Räuberfeldzug in Marokko hat die französische Polizei mobil gemacht. Der Leiter der französischen Sicherheitspolizei hat einen „internationalen Polizeigürtel" gegen den Bolschewismus entworfen. Die Behörden Europas und Japans, sowie auch Chinas sollen gemeinsam arbeiten.

Die chilenische Regierung hat solche Furcht vor dem Bolschewismus, daß sie den Sowjetdampfer „Wacławy Worowsky" nicht in den Hafen läßt.

Retten werden diese Maßnahmen die Kapitalisten nicht.

Drei verschiedene Typen

Kühnheit, Mut und —?

Daran, wie sich verschiedene Menschen gegenüber einer gleichen Situation verhalten, kann man ihren Charakter erkennen. Und auch ihre Ehrlichkeit oder Unehrlichkeit. In Marokko und China watet der Imperialismus im Blut, um die Rebellionen der furchtbar ausgebeuteten Eingeborenen und Arbeiter niederzuwerfen.

Marin, der revolutionäre Held der französischen Schwarzmeerflotte, der mit Mühe der Rache der bürgerlichen Henkerjustiz entrann, fordert als echter Nachfahr des revolutionären französischen Volkes kühn und todesmutig die französischen Truppen in Marokko auf, zu meutern. Er weiß, daß ihm für dieses „Verbrechen" der Tod droht. Er tut seine revolutionäre Pflicht.

Purcell, der kühlabwägende Engländer, Sozialdemokrat und Vorsitzender der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, wendet sich mit einem flammenden Protest gegen die imperialistischen Verbrechen an den chinesischen Arbeitern. Ihm steht alles, was Arbeiter ist, gleichviel welcher Rasse oder Farbe, über dem Ausbeuterstaat Großbritannien. Und er wünscht, daß bald die Flammen der Revolution auch Indien ergreifen mögen. Er weiß, der Zusammenbruch des zusammengeschmolzenen englischen Kolonialreiches bringt den kolonialen Völkern und dem englischen Proletariat die Freiheit. Sein Wort ist eine kühne Mannestat von ungeheurer Tragweite.

Der Vorstand des ADGB., lauter brave SPD.-Männchens unter sich, sieht sich letztlich moralisch gezwungen, zu den Vorgängen in China doch auch „Stellung zu nehmen". Er spricht „den chinesischen Kameraden die herzlichste Sympathie" aus. „Wir überlassen es den ehrlichen Arbeitern, selber ein Urteil zu fällen über diese „Tat" des ADGB.-Vorstandes, über diese Sorte Kampf gegen das imperialistische Raubgesindel — seines „Gewissen" der ADGB. geschärft wünscht.

Die Regierung Painlevé vor dem Sturz!

Die schwankende Haltung der Sozialisten.

Die Sozialisten in Frankreich sind durch die Haltung der Kommunisten gezwungen, zu der Kriegspolitik Painlevés Stellung zu nehmen. Es wird ihnen schwer, gegenüber den Arbeitern die Raubpläne der Kapitalisten zu verteidigen. Die Sozialisten waren bekanntlich bei den Abstimmungen über Marokko gespalten. Im Kampf gegen die Arbeiter waren sie einig. Sie haben nun eine Abstimmung über ihre Haltung durchgeführt. Telunion meldet dazu:

Die Abstimmung unter den Sozialisten ist heute abgeschlossen worden. Das völlige Ergebnis ist noch nicht bekannt, da noch 40 Stimmen ausstehen. Auf den Antrag Compère Morell gegen die Unterstützung des Kabinetts entfielen bisher 40 Stimmen, auf die Resolution Renaudels für zeitweilige Unterstützung 32 Stimmen und auf den Antrag Auriol für weitere Unterstützung 11 Stimmen. In sozialistischen Kreisen wird großer Wert auf die Feststellung gelegt, **daß der Austritt aus dem Kabinett nicht mit fortgesetzter Opposition gegen das Kabinett gleichbedeutend sei und lediglich bedeute, daß die Partei ihre Handlungsfreiheit zurücknimmt.** Wie man ausdrücklich hinzufügt, ist eine gelegentliche Unterstützung des Kabinetts nicht ausgeschlossen. In der morgigen Kammerdebatte, der man mit großer Spannung entgegensieht, wird es sich zeigen, welche Taktik die Sozialisten einzuschlagen gedenken. Unter der Voraussetzung, daß der Ministerpräsident die Friedensbedingungen Frankreichs unzweideutig darlegt, **ist es möglich, daß die Sozialisten trotz des Austrittes aus dem Kabinett mit der Regierung stimmen werden.** Wahrscheinlich ist jedoch, daß die Sozialisten zum Teil gegen das Kabinett stimmen, zum Teil sich der Abstimmung enthalten werden. Auf alle Fälle ist das Kabinett Painlevé einer Mehrheit von 420 Stimmen gewiß. Wahrscheinlich wird die Debatte durch eine Erklärung des Ministerpräsidenten über das Marokkoproblem eröffnet werden, da der radikalsozialistische Abgeordnete Berthod seine Interpellation zurückgezogen hat und auch der Kommunist Doriot nicht mehr in der Lage ist, zu intervenieren. Die Debatte dürfte im Verlaufe einer Nachtsitzung erschöpft werden. Am Mittwoch soll dann die Aussprache über das Budget eröffnet und am Freitag zu Ende geführt werden.

Die Sozialisten weichen dem Druck der durch die Kommunisten erzeugten Antikriegsstimmung. Jedoch haben sie nicht die Absicht, sich von der Regierung zu trennen. Sie suchen nur einen Weg, um Frankreich als angegriffen hinzustellen, dann werden sie wieder voll beim Kriegskartell sein. Die Arbeiter werden sich jedoch nicht betrügen lassen. Sie wissen, daß das 300 000-Völkchen der Riffkabylen das 40 000 000-Volk der Franzosen nicht angreift. Die Arbeiter der Welt aber erfahren aus dem Kampf in Marokko, was mutiger Widerstand gegen Räuber und Unterdrücker vermag.

Botschafterkonferenz in Moskau

Berlin, 23. Juni. (Telunion.) Der Botschafter der Sowjetregierung in Berlin Krestinski wird sich, wie das „Berliner Tageblatt" meldet, heute im Flugzeug nach Moskau begeben, wo sich bereits der Sowjetbotschafter in London Rakowski und der Sowjetbotschafter in Paris Krassin befinden. Krestinski wird in Moskau an Beratungen über die gegenwärtige außenpolitische Lage teilnehmen.

Internationale Solidarität mit Chinas Revolutionären

An die revolutionären Seeleute Chinas!

Werte Genossen!

Wir deutschen Seeleute haben mit Begeisterung Kenntnis genommen von eurem aktiven Eingreifen in den Kampf des gesamten chinesischen Proletariats gegen Imperialismus und Kapitalismus.

Seeleute Chinas!

Die deutschen Seeleute, organisiert im Deutschen Schiffahrtsbund und in der Kommunistischen Partei Deutschlands, rufen euch zu:

„Haltet durch bis zum endgültigen Siege!"

Denkt daran, daß unsere Brüder, die russischen Seeleute, immer in der vordersten Front standen, wenn es galt, die Revolution zu verteidigen! **Denkt an die Taten des Genossen Marin von der französischen Schwarzmeerflotte!** Deutsche Seeleute waren es, die die Revolution 1918 entfachten! **Denkt an euren eigenen glorreichen Kampf im Jahre 1922!** Zeigt, daß ihr bereit seid, getreu der revolutionären Tradition der Seeleute, den Klassenbrüdern voranzugehen auf der Bahn zur Befreiung aus Sklaverei und Knechtschaft! Wir deutschen Seeleute erklären uns solidarisch mit euch in eurem gerechten Kampf!

Es lebe die Befreiung des chinesischen Proletariats!

Es lebe die Weltrevolution!

Deutscher Schiffahrtsbund.

Für Solidarität mit China

Berlin, 23. Juni. **(Eigene Drahtmeldung.) In den Pharussälen wurde gestern eine Massenkundgebung für China abgehalten. Die Kundgebung war einberufen von der KPD. und von dem RFB. Viele Tausende waren dem Rufe gefolgt. Der Saal war zu klein, so daß die Menge Kopf an Kopf im Garten und auf der Straße stand. Es sprachen Ruth Fischer, Münzenberg und ein Vertreter der Kon-Min-Tan-Partei. Nach der Versammlung formierte sich ein Demonstrationszug, der später von der Polizei gesprengt wurde.**

„Wo bleibt denn die Freiheit der kleinen Nationen?"
„Die Chinesen sind doch gar keine kleinen Nationen!"

Paris. Am Sonntag abend drang eine Anzahl junger Chinesen in die chinesische Gesandtschaft, sperrten den Portier und den Diener ein und forderten den Gesandten auf, ein Sympathietelegramm an die Arbeiter und Studenten Chinas, sowie eins an eine revolutionäre chinesische Zeitung abzusenden. Der Gesandte habe bisher mit keinem Worte gegen die Einmischung fremder Regierungen in die chinesischen Angelegenheiten protestiert und kein Wort der Ermutigung für die Chinesen gehabt, die ihr Vaterland freimachen wollten. Aus diesen Gründen sei man zu diesen Maßnahmen gezwungen gewesen. Nach anfänglichem Weigern unterzeichnete der Gesandte die Kundgebungen, ebenso wie einen Schein, der den Eingedrungenen unangefochtenen Ausgang aus dem Bezirk der Gesandtschaft sicherte. Ein Polizeiaufgebot, das inzwischen herbeigeholt worden war, nahm einen einzigen Chinesen fest.

Schanghai. Trotz der Versuche der Handelskammer, den Proteststreik abzubrechen, ist es den revolutionären Arbeitern und Studenten gelungen, in zahlreichen Versammlungen, die gestern abgehalten wurden, überall Oberhand zu behalten. Der Streik wird deswegen fortgesetzt, der Handel liegt vollkommen still, so daß die Zölle, die die Hauptsicherheit der chinesischen Schuld darstellen, nicht erhoben werden können.

Die französische Regierung will Rache.

Paris, 22. Juni. (Telunion.) Die französische Regierung hat wegen des gestrigen Ueberfalles auf die chinesische Gesandtschaft beschlossen, die in Frankreich weilenden 2000 Chinesen einer scharfen Kontrolle zu unterziehen. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß die Urheber nicht Kommunisten, sondern Mitglieder der revolutionären Gruppe Kuo-Ming-Tang sind, welche kürzlich beim Innenminister die Herausgabe einer Zeitung beantragte. Dieser Antrag wird jetzt abgelehnt werden. Die Untersuchung des Ueberfalles ist außerordentlich schwierig, da die gestrigen Vorfälle sich im Legationsgebäude, also auf territorialem Boden abgespielt haben. Das französische Außenministerium hat, wie heute abend am Quai d'Orsay mitgeteilt wird, die chinesische Gesandtschaft um eine schriftliche Darstellung des Vorfalles ersucht. Wahrscheinlich wird die Untersuchung gemeinsam von dem Außenministerium, dem Minister des Innern und dem Justizminister geführt werden.

Da der Gesandte keinen Strafantrag gestellt hat, hätte die französische Regierung keine Ursache, einzugreifen. Aber sie will Rache für die Bedrohung ihrer Interessen in China. Deswegen geht sie gegen die Chinesen vor.

Ausdehnung der Bewegung auf die Mandschurei.

Berlin, 23. Juni. Der Lokalanzeiger meldet aus London: Aus verschiedenen Stellen der Mandschurei werden schwere Unruhen gemeldet. Diese Tatsache ist insofern von Wichtigkeit, als man annimmt, daß die Unruhen mit der ausgesprochenen Absicht hervorgerufen worden sind, Tschangtsolin zur Rückkehr nach der Mandschurei zu zwingen. Dann werde der General Feng das Feld für sich allein haben, was gleichbedeutend mit einem taktischen Sieg der Sozialisten wäre.

Krieg zwischen Japan und China.

London, 22. Juni. (Telunion.) In Hongkong ist, wie die „Central News" melden, das Gerücht verbreitet, Japan habe Südchina wegen der Ermordung des Schatzmeisters des japanischen Hospitals in Kanton den Krieg erklärt. Es soll in Kanton eine ungeheure Aufregung herrschen. An zuständiger Stelle in London bezeichnet man diesen Bericht als eine Erfindung.